

20. November 2006
Presseaussendung von Greenpeace

Greenpeace: Politik verantwortlich für Schuldenexplosion bei Asfinag

SPÖ soll Schuld nicht allein auf Minister Gorbach schieben

Wien (OTS) - Greenpeace hält den Vorschlag von SPÖ-Rechnungshofsprecher Kräuter, eine Rechnungshofprüfung über die Asfinag-Schuldenlage einzusetzen, für sinnvoll. Allerdings soll nicht das Bild vermittelt werden, dass nur die Asfinag schuld sei an ihrer eigenen Finanzmisere. Im Gegenteil: die Asfinag ist konfrontiert mit immer mehr unfinanzierbaren Wünschen der Politik. "Die SPÖ soll sich nicht wundern, dass die Schulden der Asfinag explodieren, denn diese tut nichts anderes, als die exorbitanten Wünsche der Politik ausführen", so Greenpeace-Verkehrssprecher Jurrien Westerhof. "Die SPÖ ist dabei alles andere als unbeteiligt an der Lage."

Seit mittlerweile beinahe drei Wochen harren Umweltschützer in der Lobau aus, um die Probebohrungen für den Lobau-Tunnel zu verhindern. Gerade dieser steht derzeit hoch oben auf der SPÖ-Wunschliste, und ist mit geschätzten 1,6 Mrd. Euro wohl das teuerste derzeit anstehende Straßenbauprojekt. Inklusive die anschließenden Straßenverbindungen kosten die derzeitigen Pläne laut Asfinag-Schätzungen rund 4,4 Mrd. Euro.

Problematisch bei diesen Schätzungen ist, dass damit zu rechnen ist, dass die wirklichen Kosten noch viel höher ausfallen werden, da gerade bei technisch komplizierten und politisch umstrittenen Projekten oft zu niedrig angesetzt wird. Damit soll eine positive Entscheidung nicht gefährdet werden.

"Wenn der SPÖ-Rechnungshofsprecher von einem Asfinag-Schuldenstand von 14 Mrd. Euro im Jahr 2014 ausgeht, dann ist das eher als optimistisch zu bewerten", so Westerhof. "Zu erwarten ist, dass die Projekte rund um Wien mehr als 6 Mrd. Euro kosten werden, wodurch die Schulden auf 16 Mrd. Euro anwachsen würden. Hiermit bestünde dann ein Zehntel der Staatsverschuldung aus auf Pump finanzierten Straßenbauprojekten. Plant die SPÖ die Einführung einer PKW-Maut, um diese Pläne finanzieren zu können?"

Die Asfinag beabsichtigt, die Schulden bis zum Jahr 2047 abzubauen zu wollen. "Wir sind mittlerweile so weit, dass Projekte nicht mehr in jenem Zeitraum abgeschrieben werden können, in dem es überhaupt noch Erdöl gibt", erklärt Westerhof. "Die Politik muss endlich auch über die weitere Zukunft nachzudenken, anstatt einfach weiter Straßen zu planen, als ob es Erdöl unbeschränkt gäbe und die Klimaänderung nicht stattfindet".

Rückfragehinweis:

Thomas Hohenberger, Pressesprecher, 0664-5308186

DI Jurrien Westerhof, Greenpeace-Verkehrssprecher, 0664-6126701

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0130 2006-11-20/12:15

201215 Nov 06